dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 3 2025 MÄRZ 2025

Knapp eine Billion Euro – 1.000.000.000.000 – mit dieser Summe will die mögliche kommende Bundesregierung aus CDU und SPD das Land wieder nach vorne bringen. „Sondervermögen“ nannte man das zunächst, ein Begriff, den wir auch noch aus Coronazeiten in Hessen gut kennen. Die Reaktionen dazu gehen auseinander, reichen von „mutiger Schritt in die richtige Richtung“ bis „Schwere Hypothek für kommende Generationen“. Was letztlich zutreffen wird? Wie werden es sehen und als öffentlicher Dienst es umzusetzen haben.

Tarifrunde: Schlichterspruch liegt vor

So viel Verweigerung war noch nie“, bilanzierte dbb **Verhandlungsführer Volker Geyer** nach dem erfolglosen Ende der dritten Verhandlungsrunde am 17. März 2025 in Potsdam (Foto: **Friedhelm Windmüller**).

„Bund und Kommunen haben mit viel Verzögerung und destruktiver Energie einen Kompromiss verhindert.“ Mit dieser Taktik verärgern und demotivieren die Arbeitgebenden ihre Beschäftigten. Außerdem schwächen sie die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf dem Arbeitsmarkt, so der dbb-Vize. „Es ist völlig richtig, dass wir unsere marode Infrastruktur sanieren müssen. Aber klar ist doch auch, die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst sind unverzichtbarer Teil dieser Infrastruktur.

Brücken und Straßen, Kitas, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Krankenhäuser – nichts funktioniert ohne ausreichend Personal. Ohne faire Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen wird das aber nicht zu gewinnen und zu halten sein.“

Wie lief die dritte Verhandlungsrunde ab?

Hier wiederholte sich zunächst das Muster der vorhergehenden Runden. Die Arbeitgebenden hatten keinen Plan, wie sie die Verhandlungen gestalten wollten. Zu mehr als „Nein“, „zu teuer“ oder „nicht machbar“ reichte es anfangs erneut nicht. Unter dem Druck, nach einer dritten Verhandlungsrunde nicht als diejenigen dastehen zu müssen, die bis zum Ende keinerlei Kompromissorientierung gezeigt haben, haben sich Bund und Kommunen schließlich am zweiten Tag zu einem „Angebot“ aufgerafft.

„Das war dann aber leider ein Angebot ohne jede Substanz, ein echtes Alibi-Angebot“, wie es Geyer bei der Bewertung in der dbb Verhandlungskommission einstufte.

Inhaltsverzeichnis

TVöD-Tarifrunde vorerst gescheitert Seite 1

Tarifausschuss blickt in die Zukunft Seite 3

Presseseminar: Tipps für die tägliche Praxis Seite 4

Frauen: Gespräch mit MdL Stefanie Klee Seite 5

Frauen: Die Landesspitze tagte in Frankfurt Seite 5

Landesvorstand: Gewalt und Datenschutz Seite 7

Kommission: Staat hat großen Reformbedarf Seite 7

Mitglied in Fachgewerkschaft werden Seite 8

Als es am Folgetag darum ging, diesen ersten Schritt zu konkretisieren, haben Bund und Kommunen direkt wieder auf der Bremse gestanden. „Anstatt Kompromisse zu schmieden, wurde den Gewerkschaften gedroht, ihre Forderungen und deren Umsetzung würde direkt zu Entlassungen führen“, berichtete Geyer, der den Arbeitgebenden vorwarf, „von Anfang an auf Schlichtung gespielt zu haben. Und das in einer Situation, in der unser Land Kompromiss und Handlungsfähigkeit braucht.“

Wie geht es nun weiter?

Statt weiter zu verhandeln, haben Bund und Kommunen am Montag die Schlichtung angerufen. Die wird spätestens am 24. März starten. „Natürlich werden wir nun versuchen, eine erfolgreiche Schlichtung zu gestalten“, schaute Geyer nach vorne, „schließlich ist uns das vor zwei Jahren auch schon gelungen. Allerdings haben auch damals die Kommunen einen erfolgreichen Schlichterspruch fast verhindert.“ Gleichzeitig rief **Andreas Hemsing, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission**, in Verhandlungs- und Bundestarifkommission dazu auf, „für den Fall eines Schlichterspruchs, der weit weg von unseren Erwartungen sein wird, sich jetzt schon mit dem Thema Arbeitskampf nach einer Schlichtung zu befassen. Auch wenn wir der Schlichtung natürlich eine Chance geben, wäre es angesichts der krassen Verweigerungshaltung von Bund und Kommunen fahrlässig, dies nicht zu tun. Wer das Vorgehen von Bund und Kommunen hier in Potsdam erlebt hat, muss davon ausgehen, dass am Ende kein Kompromiss, sondern ein Diktat stehen soll.“

Wie funktioniert die Schlichtung und wie geht es danach weiter?

In der **Schlichtung** versuchen zwei Schlichter, die Tarifpartner zu einem Kompromiss zu bewegen. **Die Arbeitgebenden haben dafür den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch benannt**.

Henning Lühr, der schon vor zwei Jahren eine erfolgreiche Schlichtung moderierte, wurde von den Gewerkschaften benannt. Arbeitgebende und Gewerkschaften sind mit je zwölf Vertreterinnen/Vertretern vor Ort und abwechselnd hat entweder der Arbeitgebenden- oder der Gewerkschaftsschlichter die entscheidende Stimme. In diesem Jahr wird dies der Arbeitgebendenschlichter sein.

Nach der Schlichtung muss auf jeden Fall eine weitere Verhandlungsrunde stattfinden. Dort kann der Schlichterspruch angenommen, modifiziert oder abgelehnt werden. Anschließend wären Urabstimmung und Vollstreik wahrscheinlich.

Am heutigen Freitag, 28. März, legten die Schlichter einen Vorschlag vor:

Vorgeschlagen wird eine Einkommenssteigerung in zwei Stufen

- Zum 1. April 2025: +3 Prozent
- Zum 1. Mai 2026: weitere +2,8 Prozent

Weitere Details der Schlichterempfehlung

- Erhöhung der Jahressonderzahlung für Angestellte Bund und Kommunen
- Drei zusätzliche Urlaubstage können durch freiwilligen Verzicht auf einen Teil der Jahressonderzahlung genommen werden – ausgenommen sind Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
- Ab dem Jahr 2027 gibt es einen zusätzlichen Urlaubstag
- Eine freiwillige Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden ist möglich
- Die Zulage für Schichtarbeit wird zum 1. Juli 2025 auf 100 Euro angehoben
- Die Zulage für Wechselschichtarbeit steigt zum 1. Juli 2025 auf 200 Euro
- Die Tarifunterschiede zwischen Ost und West im Bereich des Bundes werden angeglichen

Für Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen/Praktikanten:

- Zum 1. April 2025: Erhöhung um 75 Euro
- Zum 1. Mai 2026: weitere Erhöhung um 75 Euro

Empfehlung Schlichtung öffentlichen Dienst: Laufzeit, Entgelt und Arbeitszeitregelungen

Die Einigungsempfehlung der Schlichtungskommission sieht eine Laufzeit von 27 Monaten vor. Ab dem 1. April 2025 ist eine lineare Entgelterhöhung um 3 Prozent, mindestens jedoch 110 Euro monatlich, vorgesehen. Zum 1. Mai 2026 soll eine weitere Entgelterhöhung um 2,8 Prozent erfolgen.

Tarifausschuss: Gescheiterte TVöD-Runde und Evaluierung Entgeltordnung

Am 20. März tagte der Tarifausschuss des dbb Hessen in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle in Frankfurt. Unter der Leitung der Vorsitzenden **Katja Geweniger** trafen sich die von den Mitgliedsgewerkschaften Hessen entsendeten Vertreter um sich zum aktuellen Tarifgeschehen auszutauschen. Als eines der zentralen Themen stand die erst wenige Tage vorher als gescheitert erklärte Einkommensrunde im Bereich des TVöD und das weitere Vorgehen sowie die anstehende Schlichtung (siehe auch obenstehenden Bericht).

Darüber hinaus war ein zentrales Thema die mit der Einkommensrunde 2024 vereinbarte Evaluierung der Endgeltordnung zum TV-H. Hierzu sammeln die einzelnen Mitgliedsgewerkschaften bereits eifrig an Fachthemen. Diese erste Übersicht der eingebrachten Themen wurde ausgiebig von den Anwesenden Vertretern erörtert. Hierzu hatte sich der Tarifausschuss als Gast einen Vertreter seitens des dbb Bund eingeladen um Möglichkeiten und

Kenntnisse auszutauschen. Ein besonderes Augenmerk lag hier bei Bereichen, in denen sich Arbeitsvorgänge bzw. Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erheblich verändert haben.

Im Rahmen der Sitzung wurden auch Themen diskutiert, die die zukünftig anstehenden Einkommensrunden betreffen und erforderliche Arbeitsschritte für den Ausschuss definiert und vereinbart.

++

Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy

Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit wenigen Tagen können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem neuen **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: presse@dbbhessen.de

++

Presseseminar: Social Media und der Umgang mit Redaktionen

Es war ein Experiment. Während einer Sitzung des Landeshauptvorstands im Herbst 2024 war die Frage aufgekommen, ob der dbb Hessen nicht einmal ein Presseseminar für Mitglieder der Mitgliedsverbände anbieten könne, um hier und da Tipps und Tricks für die Pressearbeit geben zu können. Gesagt, getan – und die Resonanz war groß. Dbb-Pressesprecher Andreas Nöthen gab den Teilnehmern Einblicke in Sinn und Nutzen der Nutzung sozialer Netzwerke, gab Tipps für den Umgang mit Pressestellen und Journalisten, um den Anliegen der Fachverbände künftig mehr

öffentliches Gehör und Präsenz zu verschaffen. Auch praktische Übungen gehörten zum Kursprogramm. Größeren Raum mnahm auch der Austausch untereinander, insbesondere zum sinnvollen Einsatz von KI-Tools in der Pressearbeit ein.

Gespräch mit MdL Stefanie Klee

Der Vorstand der dbb Frauenvertretung Hessen traf Mitte März die frauenpolitische Sprecherin der CDU Fraktion, **MdL Stefanie Klee** zu einem ersten Gespräch, bei dem die Vorsitzende **Sonja Waldschmidt** (2.v.l.) zusammen mit Vorstandsmitglied **Sylvia Maul** (links) die Arbeit der dbb Landesfrauenvertretung vorstellen konnte. Der **Landesbundvorsitzende Heini Schmitt** zeigte sich erfreut, den Gast in der dbb Geschäftsstelle begrüßen zu können, machte aber gleichzeitig die Kritik an der Verschiebung der Besoldungserhöhung und die Erwartungshaltung der Mitglieder dazu nochmals deutlich.

Beim informellen Austausch der Frauenvertretung mit MdL Stefanie Klee standen die Themen Altersarmut (und damit einhergehend eine verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten vor 1992 auch im Beamtenbereich), Entgeltunterschiede/Equal Pay und eine gerechtere Aufteilung der Sorgearbeit im Mittelpunkt. Die Stärkung von Frauenrechten, der Schutz vor Gewalt und eine geschlechtergerechte Gesundheitsvorsorge wurden ebenso angesprochen.

Frauen: Landesspitze trifft sich in Frankfurt

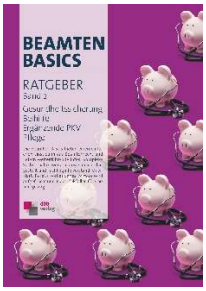
Am 26. März 2025 tagte die Hauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen in der dbb Geschäftsstelle in Frankfurt. Die Vorsitzende **Sonja Waldschmidt** berichtete u.a. von dem Gespräch mit **MdL Stefanie Klee** (s.o). Im weiteren Verlauf der Versammlung informierte sie über wahrgenommene Termine des Vorstands sowie aktuelle Aktivitäten. Ein zentraler Punkt war die Vorbereitung des Landesfrauentages 2025, der am der 23. September 2025 in Fulda stattfinden wird. Die Teilnehmerinnen der Landeshauptversammlung verständigten sich auf die einzuladenden Gäste der Öffentlichkeitsveranstaltung sowie über das das Motto, unter dem dieser Landesfrauentag stehen soll: „Frauen bewegen die Zukunft – gleichberechtigt und solidarisch“. Der Vorstand erläuterte ferner einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinien der Frauenarbeit, mit dem die Zahl der Beisitzerinnen zukünftig auf bis zu vier

erhöht werden soll. Diese Änderung bedarf noch der Zustimmung des dbb-Landeshauptvorstands. Für den dbb Hessen berichtete der **Landesvorsitzende Heini Schmitt** über die aktuelle Arbeit.

Lesestoff für die tägliche Praxis

Beim DBB Verlag (www.dbbverlag.de) sind u. a. folgende Ratgeber erhältlich:

Ratgeber **Beamten Basics – Besoldung Versorgung Beihilfe**
Der Ratgeber enthält unverzichtbare Grundlagen zum Statusrecht, zur Bezahlung in Form des Besoldungsrechts, zur Alterssicherung durch das Versorgungsrecht sowie zum Thema Gesundheitsfürsorge als Beihilfe. Anhand von Übersichten, Merklisten, Gesetzesauszügen und Beispielen werden die Bundes- und Länderregelungen kurz und prägnant erläutert.



Ratgeber **Beamten Basics - Gesundheitssicherung, Beihilfe, Ergänzende PKV, Pflege**
Dieser Ratgeber beantwortet alle wichtigen Fragen rund um die Gesundheitssicherung, z. B.:

- Wie sichere ich mich ab?
- Beihilfe: Wer bekommt sie? Wer zahlt was? Welche Aufwendungen werden übernommen?
- Bekomme ich Beihilfe im Pflegefall?

Mit einer kompakten und einfachen Darstellung, Infokästen und Zusammenfassungen richtet sich der Ratgeber an alle, die einen schnellen Überblick oder einen zielgerichteten Einstieg suchen.
Allgemein Interessierte werden genauso angesprochen wie Beamtenanwärter, Probebeamte, aber auch Versorgungsempfänger und Hinterbliebene von Beamten.

++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: presse@dbbhessen.de

++

Landesvorstand: Tarifrunde, Gewalt und Datenschutz

Das Scheitern der TVöD-Tarifrunde beschäftigte auch den Landesvorstand bei seiner jüngsten Sitzung am 19. März. **Heini Schmitt** fasste seinen seinen Eindruck von der 3. Verhandlungsrunde zusammen, um ihn mit dem Landesvorstand weiter zu erörtern. Letztlich sei es die Arbeitgeberseite gewesen, die das Scheitern herbeigeführt und die nun angerufene Schlichtung provoziert hatte.

Eine neue Studie zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ soll demnächst vom dbb Hessen in Auftrag gegeben werden. Hierzu fand am 25. Februar ein erstes Gespräch mit dem Präsidenten und Wissenschaftlern der **Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit** (HöMS) statt. In einem Folgegespräch sollen nun nähere Einzelheiten ausgearbeitet werden.

Über die Probleme und Pflichten in Sachen Datenschutz informierte der Datenschutzbeauftrage des dbb Hessen, **Dierk Kallendorf** die Mitglieder des Landesvorstands in einem Fachvortrag.

Kommission: Staat hat großen Reformbedarf

„Der Staat funktioniert nicht mehr gut“ – dieser Satz stammt nicht von irgendwem, sondern vom **ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsberichts, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle**. Gemeinsam mit **Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD)**, **Ex-Innenminister Thomas De Maizière** und der **Ex-Verlagschefin von Gruner und Jahr, Julia Jäkel**, erarbeitet Voßkuhle bei der „**Initiative für einen handlungsfähigen Staat**“ einen Reformvorschlag für das Staatswesen. Nun wurde ein Zwischenbericht vorgelegt.

In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Andreas Voßkuhle: „Der Staat funktioniert nicht mehr gut“) zeichnet er das Bild eines in weiten Teilen reformbedürftigen und zunehmend dysfunktionalen Staats. „Aus unserer Sicht funktioniert der Staat schon seit Längerem nicht mehr gut“, konstatiert Voßkuhle im Interview: Die Infrastruktur ist demnach marode, die Energieversorgung unsicher, das Land ist nicht mehr verteidigungsfähig, die Digitalisierung des öffentlichen Sektors wurde verschlafen, es fehlt an Konzepten zur Bewältigung der demographischen Entwicklung und zur Sicherung der Sozialsysteme. Gleichzeitig sind die Bürokratiekosten extrem hoch und Genehmigungsverfahren immer komplizierter – so viel die weitreichende Bestandsaufnahme der Problemlagen. Eine „Herkulesaufgabe“ nennt dies das Wirtschaftsmagazin „Capital“ (Bürokratieabbau: Eine neue neue Initiative will den Staat reformieren - Capital.de).

Erreicht werden sollen, auf knapp 90 Seiten dargelegt, rund 30 Verbesserungen durch verschiedene Maßnahmen, die sich auf wenige Formeln zusammenfassen lassen: Bündelung von Zuständigkeiten, Pauschalisierung von Verfahren und teilweise Zentralisierung bisher föderaler Zuständigkeiten. Kritiker ruft das auch schon auf den Plan. Die Zeitung taz wittert eine deutsche

Variante der neugeschaffenen US-amerikanischen Entbürokratisierungsbehörde DOGE (Vorschläge für deutsche Staatsreform: Das neue DOGE?! | taz.de). Unter Federführung von Techmilliardär **Elon Musk** macht diese zurzeit vor allem durch Entlassungen und Budgetstreichungen von sich reden.

„Schneller, effizienter und kostengünstiger Verwaltungsvollzug braucht gute Gesetze“, sagt Voßkuhle. Die Zahl der erlassenen Gesetze habe sich in den letzten vier Legislaturperioden verdoppelt, die Durchlaufzeit dagegen fast halbiert. Hinzu kämen inhaltliche Konflikte verschiedener Ebenen. Digitalisierungsanforderungen, die nicht beachtet werden oder nicht beachtete Vollzugsprobleme seien weitere Ursachen überbordender Bürokratiekosten.

Besonders beachtenswert sind die Vorschläge der Kommission aus Sicht von **Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen**, da viele Ansätze in Richtungen deuten, die auch der dbb Hessen schon länger im Blick hat, etwa die zunehmende Flut teilweise widersprüchlicher Gesetze auf EU-, Bundes- oder Länderebene. Der enorme Handlungsbedarf wurde nicht zuletzt durch die dbb Bürgerbefragung untermauert. 70 Prozent der Befragten vertraten darin die Auffassung, dass der Staat sei nicht mehr in der Lage sei, seine Aufgaben zu erledigen.

Heini Schmitt, der auch dem von der Landesregierung ins Leben gerufenen „Bündnis gegen Bürokratie“ in Hessen angehört, hält sämtliche Bestrebungen, die es den Beschäftigten in den Behörden ermöglichen, mit weniger Regelungen und Berichtspflichten den Bürgerinnen und Bürgern wieder schneller und zuverlässiger zur Verfügung stehen zu können, für unterstützenswert.

Aber eines ist dabei auch klar: Die Verantwortlichen in der Politik müssen konkrete Verbesserungsvorschläge am Ende auch umsetzen (wollen).

Die Initiative für einen handlungsfähigen Staat verfolgt das Ziel, die Effizienz und Bürgernähe der deutschen Verwaltung durch umfassende Reformen zu stärken. Gegründet von der Medienmanagerin und Aufsichtsrätin Julia Jäkel, den früheren Bundesministern Peer Steinbrück und Thomas de Maizière sowie dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle, sollen die Expertinnen und Experten gemeinsam konkrete Ansätze erarbeiten, wie staatliche Strukturen in Deutschland zukunftsfähig gestaltet werden können. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat für das Vorhaben die Schirmherrschaft übernommen. Die vier Initiatorinnen und Initiatoren werden dabei von einer Gruppe von über 50 erfahrenen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft unterstützt.

Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft
Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.
...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.
...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.
...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.
...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen Rechtsstreitigkeiten.
...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.
...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

Wie werde ich Mitglied?
Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?
Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:
https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal**- und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die

Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbbhessen.de.

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

dbb vorteilswelt